

3711/J XX.GP

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde  
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit & Soziales  
betreffend „EU - Praktikanten

Wie aus einem Bericht des Standard vom 16. Jänner dieses Jahres zu entnehmen ist, bieten Sprachschulen der Wirtschaft billige Praktikanten insbesondere für Gastronomiebetriebe an. Diese Personen sollen nicht nur unter dem Kollektivvertrag bezahlt werden. Sie würden auch eine erhebliche Gefahr für den kompletten Arbeitsmarkt in diesem Bereich darstellen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Gibt es eine rechtliche Grundlage in Österreich mit Hilfe derer eine befristete, unter - kollektivvertraglich bezahlte Tätigkeit von BU - AusländerInnen möglich wäre? Wenn ja, welche ?
2. Stimmt es, daß der, der „Praktikumsvermittlung“ vorangehende Sprachkurs im Rahmen des „Leonardo - Programmes“ gefördert wird ?
3. Ist die Vorgangsweise der Sprachschule „Amadeus“ korrekt?
4. Welche Maßnahmen können in Österreich gesetzt werden, um einer Ausbreitung solcher Praktiken Einhalt zu gebieten?
5. Welche Maßnahmen können bei den zuständigen Behörden in Brüssel gesetzt werden, um diesen Vorgangsweisen Einhalt zu gebieten?
6. Welchen (arbeits -)rechtlichen Status haben die derzeit bereits in Österreich tätigen „Praktikanten“?
7. Sind diese Personen versichert? (insbesondere UV und KV)
8. Was geschieht wenn solche Personen einen Arbeitsunfall haben?

9. Werden Sie Ihren Einfluß geltend machen um in jenen Branchen, in denen Quartier (und Kost) zur Verfügung gestellt werden, einheitliche Bewertungen dieser „Sachleistungen“ zu erwirken?
10. Wie hoch werden „Sachleistungen“ dieser Art derzeit bewertet?